

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Hermann Brückl, MA

und weiterer Abgeordneter

betreffend zurück zum vollen Präsenzunterricht – Schluss mit dem Schichtbetrieb

Nach wochenlangen Schulschließungen, die ohne jegliche Evidenz erfolgten, wurden nach den Semesterferien die Schulen teilweise - mit absurden Zwangsmaßnahmen - wieder geöffnet. Immer mehr Eltern stehen gegen diese Schul-Corona-Wahnsinn auf. Dokumentiert durch hunderte Zuschriften, Demospaziergänge im ganzen Land und zahlreichen Petitionen.

Wir sehen es bei unseren eigenen Kindern: Sie weinen immer öfter, wenn sie an den nächsten Tag denken, und machen sich selbst Druck. Sie merken selbst, dass sie immer weniger lachen, sie sagen, dass sie sich seit einem Jahr so fühlen, als hätten sie ein Stoppschild vor den Kopf geknallt bekommen. Kinder wurden im letzten Jahr in ihrer psychosozialen Entwicklung massiv behindert und gebremst. Das reicht vom Verlust des Kennenlern- und Verabschiedungsjahrs über die abgesagten Sport- und Skiwochen sowie Auslandsaufenthalte und verpasste Schwerpunktkurse und -klassen bis zu Rückschlägen im Erlernen der deutschen Sprache und der verstärkten Erfahrung von häuslicher Gewalt.

Nach einem Jahr fast ohne regulären Unterricht werden die Folgeschäden der Maßnahmen evident, mit der zunehmenden Überlastung der Kinder- und Jugendpsychiatrien als Spitze eines Eisbergs.

Wir sehen den nach den Semesterferien praktizierten Schichtbetrieb als einen Schritt in die richtige Richtung, aber dieses Modell erlaubt noch keine „Normalität“ im Alltag. Es produziert noch mehr Chaos und Verwirrung. Wir erleben mit, dass noch weniger Stoff vermittelt wird als beim sogenannten Distance Learning, und der Druck auf Eltern und Kinder erhöht sich. Zwischen dem letzten Präsenztag unserer Schulkinder und dem nächsten liegt teilweise eine ganze Woche zu Hause bzw. in nicht kindgerechter Betreuung. All das vermiest auch den Kindern, die Schule bisher geliebt haben, die Lust auf Schule. Heranwachsende brauchen den Schulalltag, den Umgang mit Gleichaltrigen, persönlichen Kontakt mit ihren Lehrerinnen und Lehrern sowie Zugang zu den Unterstützungs- und Beratungsangeboten an der Schule. Sie brauchen Freude am Lernen mit allen Sinnen, Freude am Miteinander.
<https://mein.aufstehn.at/petitions/zuruck-zum-prasenzunterricht>

Doch mit jedem Tag, an dem die Schulen nicht vollständig geöffnet sind und teilweise nur unzulänglicher Fernunterricht stattfindet, werden sie der Möglichkeit beraubt, das dafür nötige Wissen und die erforderlichen Kompetenzen zu erwerben. (Landesverband der Elternvereine öffentlicher Pflichtschulen OÖ)

Auch Studien, die unter Mitwirkung des BMBWF erstellt wurden, zeigen die verheerenden Kollateralschäden dieser verfehlten Corona-Schulpolitik auf:

Eine Studie der Donau-Universität Krems in Kooperation mit der Medizinischen Universität Wien sowie mit Unterstützung des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung hat die psychische Gesundheit von rund 3000 SchülerInnen untersucht. Dabei zeigte sich ein deutlicher Anstieg psychischer Symptome: 56 Prozent leiden unter einer depressiven Symptomatik, die Hälfte unter Ängsten, ein Viertel unter Schlafstörung und 16 Prozent haben suizidale Gedanken.

Ein regulärer Präsenzunterricht ist dringend gefordert, und einfach mit ua folgenden Schutzmaßnahmen umzusetzen – wie von Experten wie dem Univ.-Prof. Dr. rer. nat. habil. Christian J. Kähler dokumentiert:

1. Optimierte Platzausnutzung zur Maximierung der Sicherheitsabstände.
2. Transparente Schutzwände mit umlaufender Kante zur Minimierung der direkten Infektionsgefahr.
3. Leistungsstarke mobile Raumlufreiniger mit H13 / H14 Filtern zur Minimierung der indirekten Infektionsgefahr.

Daher stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, sicherzustellen, dass ab Dienstag, 6. April 2021 wieder ein voller Präsenzunterricht für alle Schulstufen stattfindet.“

In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Unterrichtsausschuss ersucht.

